

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hüten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelnenpreis die Gelpalt. Colonietarif für Arbeiter. gefaltete 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 588. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 25.

Duisburg, den 23. Juni 1917.

18. Jahrgang.

Die „Armseligen und Bedrückten“

Die deutsche Industrie hat nach anfänglichen Rückschlägen zu Beginn dieses ungeheuren Kampfes infolge der rastlosen Energie ihrer Führer und der hingebenden Tatkraft der deutschen Arbeiterschaft eine Höhe erreicht, wie keiner sie in einem Kriege für möglich gehalten hätte. Abgeschritten von den wichtigsten Rohstoffzufuhren, besonders aus Amerika, Spanien und Skandinavien, des Weltmarktabzuges beraubt, sah sich die deutsche Industrie vor einer Lage, die bei weniger weitblickenden und energielosen Kräften und bei einer weniger aufopferungsfreudigen Arbeiterschaft leicht zu den folgenschwersten Krisen hätte führen können. Statt dessen aber bemerkten wir schon 1915 besonders in der Metallindustrie fast überall starken Aufschwung, gute Rentabilität der Werke, ungeheure Aufträge, die kaum zu bewältigen sind. Das Jahr 1916 und der Beginn von 1917 sehen einen weiteren Aufstieg. Die Produktionsziffern erreichen im Durchschnitt 90 Prozent der Erzeugung des Konjunkturjahres 1914, die zudem — mit geringen Ausnahmen — nur für Deutschland in Betracht kommen, während in den Riffen für 1914 auch die ganz bedeutende Ausfuhr deutscher Produkte erhalten ist. Die Bilanzzahlen erreichen bei manchen Werken eine nie gekannte Höhe. Reingewinne und Abschreibungen werden gemacht, Dividenden werden verteilt, wie sie sich im Frieden kein Mensch träumen ließ. Ein unbedächtiger Feind, die „Frankfurter Zeitung“, schreibt in bezug auf die Bilanzen der Industrie, wie sie im Kriege aufgestellt wurden, folgendes sehr bemerkenswerte Wort:

„Es besteht auch vor allem das Bestreben, ungewöhnlich große Gewinne so gut wie möglich zu verkleinern. Es sind Fälle bekannt, in denen bedeutende Industrieunternehmen vorab Millionenbeträge, die während des Krieges entstanden sind, intern abgebucht haben. Schon aus diesem Grunde würde es nicht genügen, lediglich die Dividenden von früher und jetzt zusammenzustellen. Auch die Gegenüberstellung des Reingewinnes genügt deshalb nicht. Auch eine Erfassung der den Aktionären zukommenden Sondergewinne wird nicht immer möglich sein, vor allem dann nicht, wenn hochrentierende Gesellschaften, wie neuerdings die Köln-Rottweiler Pulverfabrik, ihren Aktionären neue Aktien zum Nennwert anbieten, obwohl ihr Wert ein mehrfaches ihres Nennbetrages ausmacht.“

Einige Zahlen, ohne jede Wahl aus den Geschäftsberichten deutscher Industriezweige herausgegriffen, erhärten die Ausführungen der „Frankfurter Zeitung“, zumal das oben Gesagte mit Ausnahme der Textilindustrie, des Baugewerbes, der Webereien, der Zementindustrie, des Kalibergbaues, der Spielwarenindustrie, sofern sie sich nicht auf Kriegsinstrumente umgestellt haben, für die gesamte deutsche Industrie, besonders aber für die Eisenindustrie und den Bergbau im vollsten Maße zutrifft.

	Rohgewinn	Reingewinn	Abschreibungen	Divid. Proz.
Rhein. Metallwaren-G.	1914/15 16 057 000	3 875 000	3 154 000	13
	1915/16 31 240 000	15 303 000	7 322 000	20
Gute Hoffnung	1914/15 16 314 000	2 395 000	7 077 000	15
	1915/16 43 372 000	23 407 000	10 214 000	20
Krupp	14/15 123 263 000	95 350 000	5 000 000	12
	15/16 143 360 000	89 634 000	35 000 000	12
Ober-schlesische Eisen-Industrie	14/15 7 254 000	1 903 000	3 000 000	6
	15/16 9 146 000	3 312 000	4 000 000	10
Cöln-Rottweiler Pulverfabriken	14/15 —	5 762 000	2 623 000	25
	15/16 —	13 036 000	1 016 000	35
Augsburger Nürnberg	14/15 —	2 359 000	4 214 000	8
	15/16 —	5 379 000	4 803 000	16
Sächsische Amilin	14/15 —	13 562 000	9 005 000	10
	15/16 —	17 201 000	11 608 000	20
Sprengstoff Hamburg	14/15 —	175 000	64 000	40
	15/16 —	1 327 000	895 000	130
Rombacher Hütenwerke	14/15 8 569 000	2 652 000	3 369 000	5
	15/16 11 992 000	4 777 000	3 874 000	8

Die deutsche Arbeiterschaft hat das größte Interesse an einer innerlich festen, starken Industrie, in der sie Arbeit findet und mit der sie notwendig verbunden ist. Sie weiß am besten, daß unserem Wirtschaftsleben nur mit einer gutkonolidierten Industrie gedient ist, die über eine Kapitalmacht verfügt, welche es ermöglicht, die wirtschaftlichen Kämpfe um den Weltmarkt, die nach Friedensschluß um die Welt Handelsplätze wieder entbrennen werden, siegreich bestehen zu können. Die deutsche Arbeiterschaft weiß auch, daß nur eine gut prosperierende Industrie, wie die deutsche, ihr auskömmlichen Lohn zu geben in der Lage ist.

Unter diesen allgemeinen Gesichtspunkten bewertet die deutsche Arbeiterschaft ihre eigene Tätigkeit und das Schicksal der Unternehmern. Um so größer aber ist das Staunen, wenn man mit diesen schlichten, klaren Standpunkten der Arbeiterschaft die vielfach gehörsigen Einwände

ber „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ gegen die berechtigten Bestrebungen der deutschen Arbeiter, besonders gegen die Organisationen verleiht, die zum mindesten sehr merkwürdig anmuten. Dem streitbaren Leitartikel der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, der vor einigen Wochen die Welt mit dem geradezu humoristischen Ergebnis ergötzte, daß die Löhne der Arbeiter so gestiegen seien, daß sie in keinem Verhältnis mehr ständen zu den bedeutend geringeren Lebensmittelpreisen, haben wir daraufhin in Nr. 23 unseres Organs die gebührende Antwort erteilt.

In der Nr. 22 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ bestreift er wiederum das Kampfrath, um gegen die Gewerkschaften anzukämpfen. Solange noch ruhige, klare Überlegung vorwaltet, kommt er nicht daran vorbei, den Arbeitermassen und ihren Führern das Zeugnis auszusprechen, daß sie die Feuertaube gut bestanden und eine Reihe des Meils an den Tag gelegt haben, aber die man sich aus politischen, sozialen und sittlichen Erwägungen heraus herlich freuen kann. Dazu kommt, daß der Krieg in Wahrheit die Bedeutung der gewerblichen Arbeitsleistung in ein ganz neues Licht gerückt hat und wenigstens zum Teil ist das Schlagwort vom Arbeitskrieg, ist die Behauptung, daß der Krieg in den Werkstätten gewonnen wird, zutreffend.

Handelt es sich nur um Arbeitsleistung usw., so fargt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ auch mit dem wohlverdienten Lob nicht. Vollständig anders aber wird die Sache, wenn über Lohnforderungen, Gleichberechtigungsbefreiungen der deutschen Arbeiterschaft die Rede ist; dann wird der ganze Artikel nur ein Gemisch von gehässigen Vorwürfen, unberechtigten Verallgemeinerungen und einer Leidenschaft, die für die Zeit nach dem Kriege Schlimmes befürchten läßt. Der Artikel ist in der Frage: „Wer bezahlt die Besatzung, wenn man im Namen der sozialpolitischen Gerechtigkeit und Humanität der Arbeiterschaft alles und großes verspricht?“ Die Antwort: „Aber das Unternehmertum, das sozusagen dann unter der Last zusammenbricht.“

Bis jetzt werden noch viele der Ansicht gewesen sein, daß Arbeiter, die bei den überaus gestiegenen Lebensmittelpreisen noch einen Lohn von 5, 6 oder 7 Mark heimbrachten und damit vielleicht eine zahlreiche Familie ernähren sollten, zu den Armen und Bedrückten dieser Zeit gehören.

Laut „Arbeitgeberzeitung“ ist diese Ansicht durchaus irrig. Zu den Armen zu „den geduldbigen Lasttieren“, denen man einfach alles zumuten darf, gehört nach ihrer Ansicht das Unternehmertum. Klingt es nicht rührend und heilighaltig, wenn das Arbeitgeberorgan ausruft: „Mag der Arbeitgeber in seinen Rechten wer weiß wie weit verkürzt werden, mögen ihm immer neue Beschränkungen, neue Schwierigkeiten und neue Kosten aufgebürdet werden, er mag sehen, wie er damit fertig wird.“

Auch wir verkennen keineswegs, daß die Schwierigkeiten, mit denen unsere Industrie besonders bei dem internationalen Wettbewerb nach Friedensschluß zu kämpfen haben wird, nicht klein sein werden, aber einen solchen Gesang anzustimmen, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ es in ihrem Artikel tut, hat das Unternehmertum absolut keinen Grund. Wie es wirklich um die Industrie steht, zeigen die Geschäftsberichte und die über alles Erwarten guten Abschlässe der Werke. Es dürften aber auch kaum die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sein, die der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ solchen merkwürdigen Ton entlocken; mit denen würde die hochstehende deutsche Industrie — wenn auch in hartem Ringen — schon fertig. Den Beweis hat sie oft erbracht. Die leiblichen Bestimmungen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ haben vielmehr ihren Grund in dem endlich erwachten Drang der gesamten Arbeiterschaft nach Gleichberechtigung und dem zielstrebigem Schaffen der Organisationen, die für die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ von jeher ein Stein des Anstoßes waren. Da liegt der Hase im Pfeffer. Es zeugt auch bei der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ immerhin von wenig Verständnis für die Gesamtlage, wenn sie es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet, einen der wirtschaftlich notwendigsten Stände, wie ihn die deutsche Arbeiterschaft darstellt, möglichst an dem kulturellen und gesellschaftlichen Emborkrieg zu hindern und seine geistig regsame Kraft in Fesseln zu schlagen. Böskühnes Verständnis sucht man anscheinend bei dieser Arbeitgeberzeitung vergeblich. Dafür aber bietet sie den Arbeitern offen oder zwischen den Zeilen das bekannte gelbe Rezept als Allheilmittel für die Arbeiterschaft und glaubt wirklich genug für den vierten Stand getan zu haben, wenn sie ihm mit einigen Schlagworten und dem bekannten Freibier „Kulturwerte“ herbeikommt. Auf diese Methode fällt kein denkender Arbeiter herein, nachdem er leider nur zu oft auf den Werken mit eigenen Augen sehen konnte, daß die gelbe vom Unternehmernkapital geführte und vom Unternehmertum geführte Bewegung, den Tod einer emporstrebenden Arbeiterschaft bedeutet.

Die deutsche Arbeiterschaft war stets gewillt, in einträchtlicher Arbeit mit dem Unternehmertum zu schaf-

fen, aber nicht als Unfreie, die man gerne als Seloten betrachten und behandeln möchte, sondern als freie, zielbewusste Männer, die die Vertretung ihrer eigenen Interessen selbst in die Hand nehmen und die berechtigterweise das erstreben, was ihnen auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer kulturellen Höhe zukommt.

Wenn der Arbeiterstand endlich daran geht, sein eigenes Heim zu bauen, wie es jeder Stand getan hat, wenn er den Kampf um seine Gleichberechtigung ausruft, dann schreibt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ Peter und Morbio und schreibt, das ginge fast ausschließlich auf Kosten des Unternehmertums und die wichtigsten Interessen der Volkswirtschaft würden ohne Strupel beiseite geschoben. Wir haben oben den Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft gezeigt; die Aufreizung der Regierung und anderer Stände gegen die Arbeiterschaft, die die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ beschreiben möchte, richten sich darnach von selbst. Ihr zornwütiges Geschreie ist der beste Beweis, daß hinter ihren vorgeschobenen volkswirtschaftlichen Befürchtungen und dem Schlagwort von dem armseligen und bedrückten Unternehmertum nichts anderes steckt als die Furcht vor einer aufstrebenden Arbeiterschaft, die man lieber unten am Boden halten möchte und vor den Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft hat aber im Laufe des Krieges erkannt, daß ihr nur im festen Zusammenschluß in starken Verbänden gedient ist. Nur in ihnen kann sie ihre Ziele erreichen.

Die Beschäftigung der deutschen Arbeiterinnen

in der Industrie, insbesondere in der Schwerindustrie, die durch die Kriegsnöthwendigkeiten in immer stärkerem Maße erforderlich geworden ist, hat doch in gesundheitlicher Beziehung schwere Nachteile im Gefolge, wie sich immer mehr feststellen läßt. Ein nicht zu übersehender Beleg für diese Tatsache findet sich in dem letzten Jahresbericht der Kruppischen Betriebskrankenkasse. Dieser gewaltige Riesenwerk, das bis zum Kriegsbeginn keinerlei industrielle Frauenarbeit zu verzeichnen hatte, mußte, den Erfordernissen des Krieges entsprechend, in immer stärkerem Maße die Einstellung von Arbeiterinnen vornehmen. Ein sehr anschauliches Bild über die Zunahme der Frauenarbeit auf dem Gebiet der Firma Krupp gibt die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Kruppischen Betriebskrankenkasse. Die Kasse hatte Mitglieder:

am 1. 8. 1914	= 88 121	davon 1 241 weibliche
„ 31. 12. 1914	= 46 924	1 666
„ 31. 12. 1915	= 65 619	10 027
„ 31. 12. 1916	= 79 660	16 232

Besonders bemerkenswert bei dieser Anstellung ist die ganz außerordentliche Zunahme der weiblichen Mitglieder. Das hatte für die Betriebskrankenkasse zunächst einmal zur Folge, daß sich der durchschnittlich pro Mitglied und Jahr gezahlte Beitrag nicht unwesentlich verringerte. Während der Durchschnittsbeitrag im Jahre 1914 — 69,89 Mark betrug und sich im Jahre 1915 auf 70,81 Mark erhöhte, ist er im Jahre 1916 trotz der auch bei Krupp eingetretenen Lohnsteigerungen auf 69,11 Mark zurückgegangen. Das hat seine Ursache zunächst einmal in der außerordentlichen Steigerung der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen, dann aber auch in der außerordentlich gestiegenen Zahl der Krankentage, bei der wieder die Arbeiterinnen besonders beteiligt sind und für die Beiträge nicht entrichtet werden.

Die Gesundheitsverhältnisse der Mitglieder haben sich allerdings im Allgemeinen im Jahre 1916 wesentlich ungünstiger gestaltet wie im Vorjahre, doch ist auch hier zu bemerken, daß sich für die weiblichen Mitglieder die Dinge noch ungünstiger gestaltet haben wie für die Männer, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt:

	1914	1915	1916
Es waren krank und erwerbsunfähig:			
von 100 Mitgliedern insgesamt	61,91	63,55	74,46
von 100 männlichen Mitgliedern	62,59	62,31	63,04
von 100 weiblichen Mitgliedern	41,68	76,60	118,68

Die durchschnittliche Dauer eines Krankheitsfalles betrug

	1915	1916
bei allen Mitgliedern	14,8 Tage	20,5 Tage
bei den männlichen Mitgliedern	15,1 Tage	19,2 Tage
bei den weiblichen Mitgliedern	12,0 Tage	13,5 Tage

Es scheint sich also bei den Arbeiterinnen überwiegend um leichtere Erkrankungen von kürzerer Dauer zu handeln, während bei den männlichen Mitgliedern mehr schwere Erkrankungen in Frage kommen. Zu beachten ist dabei wohl noch der Umstand, daß die männlichen

Mitglieder, insbesondere soweit es sich um Familienmitglieder handelt, bei Erkrankungen mitunter wohl etwas zu lange mit dem Krankheitslager warten, da in sehr vielen Fällen die bezahlte Krankenunterstützung nicht reicht, um die Familie in dieser außerordentlich teuren Zeit durchzubringen, während bei den weiblichen Mitgliedern die Frage der Familienunterhaltung nicht in dem Maße in Betracht kommt.

Schneiden also bei der durchschnittlichen Dauer eines Krankheitsfalles die weiblichen Mitglieder etwas günstiger ab, wie die Männer, so ändert sich das Bild sofort wieder zu ihren Ungunsten, sobald die auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes entfallenden Krankheitsstage festgestellt werden.

Auf den Kopf berechnet ergeben sich Krankheitsstage:

	1915	1916
bei allen Mitgliedern	9,44	13,56
bei den männlichen Mitgliedern	9,46	12,93
bei den weiblichen Mitgliedern	9,20	15,98

Diese Krankheitsziffern für das Jahr 1916 sind als überaus ungünstig zu bezeichnen und gehen wesentlich über die bei anderen Klassen in Betracht kommenden Ziffern hinaus. Außerordentlich hoch sind namentlich die Krankheitsziffern bei den weiblichen Mitgliedern. Wenn insbesondere im Jahre 1916 bei 100 weiblichen Mitgliedern 118,68 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle zu verzeichnen waren und sich pro Kopf der weiblichen Mitglieder 15,98 Krankheitsstage ergeben, so sind das Ziffern, die früher niemals auch nur annähernd bei Krankenkassen erreicht worden sind.

Auch die Unfallgefahren haben sich bei den Arbeiterinnen nicht unwesentlich erhöht. Während im Jahre 1915 auf 100 weibliche Mitglieder 6,2 Betriebsunfälle entfielen, weist das Jahr 1916 auf 100 weiblichen Mitgliedern bereits 9,6 Betriebsunfälle auf.

Die gewaltige Steigerung der Krankheits- und Unfallziffern der Arbeiterinnen beweist doch deutlich, daß die schwere gewerbliche Frauennarbeit auf der Fabrik insbesondere in der Metallindustrie gesundheitliche Schäden im Geleite hat, an denen nicht allzu vorübergehend werden kann. Sie legt ferner die Notwendigkeit dar, die Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben, die infolge des Krieges durch die Regierungspräsidenten außer Kraft gesetzt worden konnten und zum Teil auch außer Kraft gesetzt worden sind, baldmöglichst, so schnell es die Verhältnisse nur eben gestatten, wieder in Geltung gebracht werden.

Ein kleiner Anfang auf dem Gebiete der Arbeiterinnenbeschützung während der Kriegszeit ist ja gemacht mit dem bereits in unserer Nr. 17 angeführten Erlaß des Reichskanzlers an die höheren Verwaltungsbehörden. Darin wird besonders darauf hingewiesen, daß 1. bei Vermehrung der Nacharbeit der Arbeiterinnen besonders Bedacht auf die Abwendung von Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen ist, 2. Dienstverpflichtungswidrige Beschäftigungen nicht zugelassen werden dürfen, 3. auf die Verfürgung der Arbeitszeit für Frauen in Nachschichten allgemein hinzuwirken ist und 4. die Regelung der Arbeitszeiten stets im Zusammen mit den örtlich zuständigen Behörden vorzunehmen ist.

Von wesentlicher Bedeutung in diesem Erlaß ist auch die Bestimmung, daß die Genehmigung zur

Nacharbeit für Arbeiterinnen in der Regel nur unter der Bedingung der Einflüßung der arbeitsfähigen Schicht erteilt werden soll. Dies müßte unseres Erachtens stärker der Hebel angelegt werden. Wenn einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit z. B. unter Hinweis auf die Kriegsnotwendigkeiten Schwierigkeiten entgegenzusetzen sollten, so trifft dieses jedenfalls nicht zu bei den Arbeiterinnen. Hier können Produktionsausfälle, die eventuell durch eine Arbeitsverkürzung der Arbeiterinnen entstehen könnten, glatt ausgeglichen werden durch vermehrte Einstellung von weiblichen Arbeitskräften. Das Angebot weiblicher Arbeitskräfte übersteigt immer noch erheblich die Nachfrage, so daß Bedenken in dieser Beziehung nicht anerkannt werden können. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung der Nachschichten bei Wechselarbeiten für die Arbeiterinnen ist aber eine unabwendbare Notwendigkeit, wenn nicht für die Zukunft unserer Nation unbedenkbarer Schaden entstehen soll. Es dürfte wahrlich nicht notwendig sein, dies noch eigens darzutun. Der Beweis für die dringende Notwendigkeit dieser Forderung ist in den oben dargelegten Ergebnissen des Jahresberichts der Kruppischen Betriebskrankenkasse unabweislich erbracht.

An unsere Metallarbeiterinnen aber liegt es, durch bestmögliche unermüdbare Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes dieser Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. Ohne die Mitwirkung der Arbeiterinnen in der Berufsorganisation wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. Es muß aber erreicht werden, wenn nicht nur unsere Arbeiterinnen selbst, sondern auch die Zukunft unseres deutschen Volkes nicht wieder gut zu machenden Schaden erleiden soll.

Allgemeine Rundschau Industriezusammenschlüsse

Vor einiger Zeit brachten wir einen Artikel über den Zusammenschluß in der chemischen Industrie und wiesen auch auf die gleichgerichteten Bestrebungen in anderen Industrien hin. Die chemische Industrie sucht nach rechts und links engere Maschfänge und Verbindungen. So wird unter dem 11. Juni von einer Verständigung zwischen Anilin- und Pulvergruppe berichtet. Die „Königliche Volkszeitung“ meldet darüber: Zwischen der Gruppe der Anilinfabriken und der von den Ber. Köln-Rathweiler Pulverfabriken geführten Gruppe der deutschen Pulverfabriken ist eine Verständigung erzielt worden, um für die von den Werken des chemischen Großgewerbes während des Krieges in vergrößertem Umfange herbeigeholten Vorezeugnisse zur Pulver- bzw. Sprengstoff-Herstellung in der Friedenszeit gemeinsame Erhöhung des Absatzes herbeizuführen. Dazu liegt hier noch die Mitteilung vor, daß die Interessengemeinschaft der Anilin-Fabriken nicht nur als Herstellerin von Rohstoffen für die Haupterzeugnisse der Pulver-Gruppe und als Lieferin solcher Rohstoffe an diese Gruppe in Betracht komme, sondern daß sie auch die Herstellung fertiger Erzeugnisse in erheblichem Umfange aufgenommen habe. Das Abkommen zwischen den beiden Gruppen beziehe sich auf beide Gebiete und grenze Lieferungen und Absatz für zukünftige Friedenszeit im Sinne der Ausfüllung schädigenden Wettbewerbes zwischen den beiden Vertragsschließenden ab. Der Vertrag sei allerdings gegenwärtig noch

nicht endgültig abgeschlossen; doch werde auf sein Zustandekommen gerechnet.

Zu gleicher Zeit kommt die Nachricht von einem Zusammenstoß in der Werkzeugindustrie, der zunächst den Zweck verfolgt, die bisherigen Schwierigkeiten in der Versorgung der Heeresverwaltung und der Rüstungsindustrie mit ausreichenden Mengen Werkzeugen zu beheben. Es haben sich die verschiedenen Zweige in der Werkzeugindustrie zu einer Reihe von Vereinigungen zusammengeschlossen. Diese sind ihrerseits wiederum zusammengeschlossen in dem Werkzeug- und Stahlkontor G. m. b. H. in Remscheid, das seinerseits den Einkauf des Rohmaterials, insbesondere der Stahlmengen für alle Vereinigungen vereinigt und die Zubereitung auf die einzelnen Vereinigungen vornimmt. Es stellt zugleich die Vertretung der gesamten Vereinigung dar und hat die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen der ganzen Werkzeugindustrie zu vertreten.

Im dieser Konzentration des Kapitals in der Industrie, die an und für sich eine stärkere Basisierung der Industrie bedeutet, darf die Arbeiterchaft nicht mit geschlossenen Augen vorbei gehen. Nur zu leicht könnte sich dann die Folgen dieser Riesenkonzerne einstellen, die einen gewaltigen Druck auf Arbeiter und Angestellte ausüben könnten. Demgegenüber kann die Arbeiterchaft nur in festen Organisationen Halt und Stütze haben, je mehr auf Unternehmenseite die Zusammenschlüsse fortschreiten, um so notwendiger wird der Verband, in dem allein die Kollegen eine gute Vertretung ihrer berechtigten Interessen finden.

Die Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie- Berufsgenossenschaft

hielt am 6. Juni d. J. in Köln ihre Genossenschaftsversammlung ab, über die ein kurzer Auszug in der Presse vorliegt. Aus dem Jahresbericht für 1916 sind folgende Daten bemerkenswert: Die Zahl der versicherten Betriebe betrug 1916 insgesamt 8924. Der Mitgliederbestand hat im Berichtsjahre um 40 zugenommen. Die Lohnausgabe für das Jahr 1916 betrug rund 497 Millionen Mark gegen 373 Millionen Mark 1915. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst erwachsener Arbeiter ist von 1719 Mark im Jahre 1914 und 1911 Mark i. J. 1915 auf 2029 M. für 1916 gestiegen. An Unfällen kamen 26 675 (gegen 20 959 im Vorjahre und 19 859 im Jahre 1914 zur Annahme). Geschäftslust wurden im Jahre 1916 insgesamt 15 366 (14 424) Unfälle. Die gezahlten Entschädigungen betrugen 4 015 569 Mark, 432 079 Mark mehr als 1915.

Der Verdienst ist also in den Jahren 1914-16, den Jahren starker Preissteigerungen, um 310 Mark oder 18,1 Prozent gestiegen. Dieser Lohnsteigerung von 18 Prozent steht eine Lebensmittelpreissteigerung der Jahre 1914-16 von durchschnittlich 52 Prozent gegenüber. Wo bleibt da der „Mehrverdienst“, von dem die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in fast jeder Nummer zu lesen weiß? Rund 6000 Unfälle sind im Jahre 1916 mehr gemeldet als 1915. Als Folge der Frauennarbeit ist hier unerkennbar. (Vergleiche Artikel „Die Beschäftigung der Arbeiterinnen“ in dieser Nummer.) Wir werden hierauf zurückkommen, wenn wir den ausführlichen Bericht der Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie-Berufsgenossenschaft in Händen haben.

Der Torpedo.

Ein Kapitel moderner Kriegs- und Waffentechnik
Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Die Betriebskraft, die der Torpedo in Form von Explosivstoff mit sich führt, reicht aus, um ihn für eine Laufstrecke bis zu etwa 600 Metern und selbst auch solche Bewegung und Geschwindigkeit zu verleihen. Das Torpedoboot oder Unterseeboot ist also in der Lage, das feindliche Schiff auch noch aus einer erheblichen Entfernung mit Aussicht auf Erfolg anzugreifen. Die Kampfkraft der großen Kampfschiffe, deren Geschütze heute bis zu 10 und 20 Kilometer weit tragen, ist freilich noch erheblich größer. Der abgeschlossene und durch seinen Sprengstoffmotor dann weiter fortbewegte Torpedo entwickelt eine sehr bedeutende Geschwindigkeit, was auch unbedingt nötig ist, wenn er Erfolg haben soll. Denn das Unterseeboot selbst hat, besonders unter Wasser, nur eine verhältnismäßig geringe Geschwindigkeit, die hinter der Schnelligkeit der großen Handelsschiffe und Kriegsschiffe sehr erheblich zurückbleibt. Daher besteht die Taktik des Unterseebootes bei einem Angriff auf ein feindliches Schiff in allen Fällen darin, zunächst unbemerkt in die Nähe des feindlichen Schiffes heranzukommen, indem es, unter Wasser liegend, dieses aus sich herauskommen läßt. Erst wenn das feindliche Schiff in unmittelbarer Nähe gekommen ist, wird der Torpedo abgeschossen, der ununterbrochen die noch einige kurze Strecken mit großer Geschwindigkeit und in kurzer Zeit durchläuft, bis er auf das Unterseeboot des angrenzenden Schiffes trifft. Durch den Aufprall wird der Schlagkörper im Kopf des Torpedos ausgelöst und die Pulverladung zur Explosion gebracht, und zu dem Bruchteil einer Sekunde später ist nicht gewaltiger Erschütterung der umgebenden Wassermassen ein jähes Toben in das feindliche Schiff gesetzt, durch welches Leib und Glieder ihrer unabweislichen Schicksal haben. Stärker als das schwere Geschütz, das sich ein solcher Torpedoschießer, und schneller als irgend ein anderes Mittel des Seekrieges bringt die Torpedobatterien die ungeheure Energie und die Wirkung eines Torpedoschlusses haben vor einiger Zeit amerikanische Ingenieure sehr interessante Studien veröffentlicht, und zwar ausläßlich der Betrachtung des „Rattlesnake“-Typus, der bei uns bekannt ist als ein besonderes Unterseeboot, wobei wir die Untersuchungen haben das eingehende Studium des Schiffes zum Gegenstand eingehender Studien über die Wirkung des abgeschossenen Torpedoschlusses gemacht und dabei festgestellt, daß durch die Explosion des Sprengstoffes die ganze Schiffsstruktur in einer Länge von 10-15 Metern erschüttert wird. Der untere Schiffsboden

hatte aus fünf Lagen von Eisenplatten bestanden, von denen vier Lagen durchgerissen waren und sich nur die oberste erhalten hatte. Sehr merkwürdig war ferner die Erscheinung, daß das Schiff auch auf der nicht getroffenen Seite eine Anzahl großer und eine noch größere Anzahl kleiner Löcher aufwies, deren Entstehung sich nur durch die Annahme erklären ließ, daß durch die Gewalt der Explosion Eisenstücke aus der zerrissenen Schiffswandung oder Sprengteile des Torpedos selbst mit einer solchen Kraft gegen die andere Seite des Schiffes geschleudert wurden, daß sie auch hier die Stahlwand glatt durchdrangen und so die zahlreichen Lecks verursachten. Auf Grund ihrer genauen Untersuchungen kamen die amerikanischen Ingenieure zu der Feststellung, daß durch die Kraft des Torpedos beim Erzielen eines Volltreffers aus einem deutschen Unterseeboot auch der stärkste Dreadnought zum Bersten gebracht werden kann. Kein und selbst das schwerste Schiffgeschütz nicht, könnte durch einen einzigen Schuß eines feindlichen Dreadnought zum Sinken bringen.

Mit dem Anschlagen der Unterseeboote nach Mann und Torpedogehalt ist auch die Torpedoausrüstung der selben eine immer stärkere geworden. Während die ersten Unterseeboote nur ein einziges Langrohr hatten, haben die Unterseeboote neuesten Typs immer mehrere Rohre. Der „Rattlesnake“, ein englisches Unterseeboot neuesten Typs, von 2000 Tonnen Wasserdrängung, ist mit sechs Langrohrrohren versehen, und das neueste Modell der Unterseeboote der amerikanischen Marine weiß sogar zehn Langrohrrohre auf.

Es ist erklärlich, daß die furchtbare Wirkung der Torpedos aber auch bei allen Nachbarn zur Erfindung und Ausbreitung von Abschwehrmaßnahmen geführt hat. Solche bestehen beispielsweise in Torpedoschutzgittern aus kleinen Stahlfingern, die um das Schiff herum herumgelassen werden und den Zweck haben, den Torpedo aufzufangen und ungeschädigt zu machen, bevor er auf die Schiffswand treffen kann. Gegenüber sind die Torpedos wieder mit einer Art Schirm ausgestattet, die beim Auftreffen auf ein solches Gitter zerbrechen und so dem Torpedo durch das Gitter hindurch einen Weg bahnen. Die Regierungen haben sich allgemein für diese Art der Abschwehrmaßnahmen entschieden, und so ist man in den meisten Nationen von dem Reichthum, der sehr teuer ist und der Schiffszuschuß eine enorme Verbilligung anbringt, wieder abgegangen. Nur England hat sich jetzt noch die Schutzmäße behauptet. Ein solches Gitter ist auf dem Bild dargestellt und besteht aus 16 000 sehr kleinen Drahtschlingen, deren jede aus sechs kleinen Ringen besteht. Durch die Wirkung der Wasser soll verhindert werden, daß die Regierungen einzeln und eine Drängung für den Torpedo schaffen können. Das die englischen Schutzmäße aber die deutschen Torpedos wieder in ihren Lauf nach in ihren Einfangen einhalten vermögen, hat der Seeheld gezeigt. Ferner hat man zur Abschwehr der Torpedos begonnen, das Unterseeboot des Schiffes, das bisher

immer ungepanzert blieb, ebenfalls zu panzern. Auch durch die Verbesserung des Zellenystems der Schiffe hat man die Torpedogefahr abzumildern versucht, denn ein von einem Torpedo getroffenes Schiff hat umso mehr Aussicht, sich zu halten, je mehr wasserdichte Zellen (Schotten) es enthält und je geringer die Zahl der Zellen ist, die von dem Torpedo getroffen und zerstört wurden. Alle diese technischen Schutzmittel haben sich jedoch angesichts der ungeheuren Gewalt und Wirkung, die ein Torpedoschuss zu entfalten vermag, als mehr oder weniger fragwürdig erwiesen. Der eigentliche und verhältnismäßig beste Schutz gegen Torpedos, der freilich auch nur sehr bedingterweise wirkt, besteht vielmehr in schärfster Wachsamkeit, die darauf gerichtet ist, das Unterseeboot bzw. den ausgesandten Torpedo zu sichten und zu zerstören, bevor sie in die Nähe des Schiffes gelangen können. Mehrere starke Scheinwerfer dienen dazu, die drohende Gefahr auch bei Nachtzeiten abzuwehren zu können. So ist es auch der Leistung eines Unterseebootes nur durch angepaarte Aufmerksamkeit, durch größten Scharfsinn und todesverachtende Kühnheit möglich, an den Feind heranzukommen und einen Torpedo zum erfolgreichen Schuss zu bringen. Stets auch ist das Unterseeboot, das auf der Jagd nach einem feindlichen Schiff ist, selbst in Gefahr, von einem feindlichen Torpedo getroffen und mit Mann und Maus in den Grund geholt zu werden, ebenso wie es auch stets der Gefahr des Zusammenstoßens mit anderen Unterseebooten ausgesetzt ist. Der Torpedokampf zeigt den Seeheld in seiner schärfsten und furchtbarsten Gestalt für den Angreifer wie den Abgewehrten. Aber auch die Taktik des Seeheldes ist durch den Torpedo heute in weitgehendem Maße beeinflusst worden. Da die Großkampfschiffe selbst mit Torpedoausrüstung versehen sind und auch während des Beschußkampfes die Gelegenheit, dem Gegner einen Torpedoschuss beizubringen, suchen, so ist das feindliche Schiff bestrebt, zwischen sich und dem Gegner eine solche Entfernung zu halten, die der Torpedo nicht mehr zu überwinden vermag. Zum Teil ist hierauf die Erscheinung zurückzuführen, daß die Entfernung zwischen den kämpfenden Schiffen in den heutigen Seeschlachten eine viel größere als früher ist und daß beispielsweise in der Schlacht auf der Doggerbank zwischen den kämpfenden Schiffen eine Entfernung von 20 Kilometer lag.

In dem größten und schwersten aller Kriege, die die Geschichte der Menschheit kennt, kommt auch die stärkste und durchdringende Waffe zur Anwendung, die der menschliche Geist je erfunden hat, dient sie als mächtigstes und erfolgreichstes Verteidigungsmittel unseres Vaterlandes gegen die Übermacht und Heberzahl der Feinde. Wenn einst, was wir alle hoffen und sehnsüchtig wünschen, die deutschen Waffen den Weltkrieg erfolgreich beendet haben, so wird dem deutschen Torpedo ein besonderer Anteil dieses Erfolges anzurechnen sein.

Erhöhung des Wöchnerinnengeldes

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 22. März 1917 eine Resolution angenommen, die eine Steigerung des täglichen Wöchnerinnengeldes für die Kriegswöchnerinnen auf 1,50 Mark verlangt. Eine Verordnung des Bundesrats vom 2. Juni 1917 trägt jetzt, wie amtlich mitgeteilt wird, diesem Wunsche Rechnung und erhöht den Betrag des Wöchnerinnengeldes, das nach den Bekanntmachungen über die Wochenhilfe für Rechnung des Reiches zu zahlen ist, von 1 Mark auf 1,50 Mark täglich. Die Maßnahme wird dadurch begründet und gerechtfertigt, daß die Nahrungsmittel und Stärkungsmittel, für deren Anschaffung das Wöchnerinnengeld verwendet werden soll, erheblich im Preise gestiegen sind. Das Wöchnerinnengeld, welches weiblichen Beschäftigten lediglich auf Grund ihrer eigenen Krankenversicherung aus Mitteln der Krankenkassen gewährt wird, bleibt von der Erhöhung unberührt. Der Betrag dieses Wöchnerinnengeldes richtet sich auch weiterhin nach den Satzungen der betreffenden Krankenkasse. Die Erhöhung der aus Reichsmitteln gewährten Wöchnerinnengelder ist nicht rückwirkend, sondern tritt erst mit dem Tage der Verkündung der Verordnung in Geltung.

Arbeiterinteressen und Weltkrieg

Unter diesem Titel ist im Christlichen Gewerkschaftsverband, Köln, Benloer Wall 9, soeben eine Broschüre erschienen mit dem Wortlaut des Vortrages, den Kollege Stegerwald am 6. Mai in Essen auf der Tagung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen gehalten hat. Veröffentlichung des Vortrages und seine Verbreitung kann im Interesse der Allgemeinheit nur begrüßt werden, da die Stellungnahme der christlich-nationalen Arbeiterschaft von größtmöglicher nationaler Verantwortungsgefühl diktiert und getragen ist. Erst das Vaterland, dann die Partei! Erst das Vaterland, dann die Organisationen! Das war das Leitmotiv der Stegerwaldschen Darlegungen. Aus ihnen klang immer wieder heraus:

Die christlich-nationale Arbeiterschaft kann an die Beurteilung der vorliegenden Verhältnisse und an die Kennzeichnung der Zukunftsaufgaben nur unter dem Gesichtswinkel dessen herantreten, was dem Vaterlande als dem Inbegriff der Arbeit, des Hoffens und Strebens der Gesamtheit und aller einzelnen Teile der Gesamtheit frommt. Keine politische Voreingenommenheit irgendwelcher Art leitet uns. Wir greifen nicht störend in die Entwicklung der Verhältnisse ein, die nur die an der Spitze stehenden Männer ganz zu erfassen und zu überblicken in der Lage sind. Wir fordern, daß auch von anderer Seite solche führenden Eingriffe unterbleiben. Nach der Seite der Arbeiterschaft war nie ein Augenblick günstiger, wie der gegenwärtige, um ihre Einordnung in das Gefüge des sozialen Lebens zu vollenden. Krieg und Frieden haben ihre besonderen Bedürfnisse, die als solche nicht mit einander vermengt werden dürfen, damit gefährliche Verwicklungen verhindert werden. Einseitigen kann es nur eines geben: zu siegen! Auf diese eine und einzige Notwendigkeit muß alles eingestellt werden. Wer sich dem entgegenwirft, verliert seine höchste Pflicht.

Unseren Kollegen wird die aufklärerische Schrift gute Dienste leisten im Kampfe für die Interessen der Arbeiterschaft. Sie kostet 15 Pf. und kann in jeder Anzahl sofort von unserer Zentrale bezogen werden.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine

veröffentlichte in No. 10 und 11 der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“ seinen Jahresbericht. Der Verband hat im Jahre 1916 einen starken Aufschwung genommen. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften vermehrte sich von 191 auf 235. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften betrug am 1. Januar 1916 189 417 und am 31. Dezember desselben Jahres 285 949. Die Steigerung beträgt 50 Prozent. Der Umsatz der Verbandsvereine erhöhte sich von 61 675 000 Mark im Jahre 1915 auf rund 80 Millionen Mark. Die Eigenproduktion der Vereine in Waren und u. a. m. betrug rund 8 1/2 Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Personen stieg von 2130 im

Jahre 1915 auf 2528 im Jahre 1916. An Reinüberschuß wurden 1,72 Millionen Mark erzielt. Außerdem als fester Rabatt rund 3 Millionen Mark den Mitgliedern ausgezahlt. Dem Verbande traten eine größere Anzahl Beamten-Konsumvereine bei.

Die Groß-Einkaufs-Zentrale hat seit Beginn des Krieges durch die Ausweitung des freien Großhandels stark an Umsatz eingebüßt. Der Umsatz betrug im Jahre 1914 rund 11,5 Millionen Mark, im Jahre 1915 rund 10 1/2 Millionen Mark und im Jahre 1916 nur noch 7 1/2 Millionen Mark. Diefelbe rüstet jedoch schon für die Friedenszeit. In Neuß am Rhein hat dieselbe im Hafen von der Stadt Neuß ein größeres Gelände erworben, auf welchem nach schon fertiggestellten Entwürfen Verwaltungsgebäude, Zentrallager, sowie eine Anzahl Lebensmittelabriken errichtet werden.

Die Notwendigkeit der Konsumvereine braucht unseren Kollegen wahrlich nicht erst vor Augen geführt zu werden. Es heißt auch hier, arbeiten, damit der gute Einfluß der Konsumvereine sich immer mehr ausdehnt und bemerkbar macht.

Wohnungsfürsorge.

Die letzte Wohnungsbau-Zählung in deutschen Städten hat klägliche Ziffern ergeben. Von den Erhebungen, die das Reichs-Statistische Amt über die Bautätigkeit im ersten Vierteljahr 1917 veranstaltet hat, wurden erfasst 33 große Städte und 15 Mittelstädte; die übrigen hatten bis zum 21. Mai 1917 noch keine Angaben gemacht. Nach der amtlichen Statistik hat Aachen einen Zugang von vier Wohngebäuden mit 5 Wohnungen, Altona zwei Gebäude mit 2 Wohnungen, Augsburg bezeichnet einen Rückgang durch Abbruch eines Wohngebäudes von einer Wohnung. Zunahmen an Wohnungen verzeichnen: Bremen 32, Braunschweig 18, Cöln 64, Danzig 5, Düsseldorf 47, Essen 198, Frankfurt a. M. 8, Hamburg 49, Karlsruhe bezeichnet 10 neuerbaute Gebäude aber keine Zunahme, an Wohnungen, vermutlich, weil es sich um Wiederaufbau der von feindlichen Fliegern zerstörten Gebäude und Wohnungen handelt. Leipzig und Mannheim haben im ersten Vierteljahr 1917 eine Zunahme von je 16 Wohnungen zu verzeichnen. München hat eine Zunahme von 5 Gebäuden mit 37 Wohnungen, Nürnberg 1 Gebäude mit 10 Wohnungen. Straßburg hat einen Neuzugang von 3 Gebäuden mit 9 Wohnungen. Von den kleineren Städten verzeichnen Bonn eine Zunahme von 2 Wohnungen, Freiburg i. B. 3, Jülich hat nach der Statistik eine Wohnungszunahme zu verzeichnen.

Berlin nimmt eine besondere Stellung ein: es verzeichnet im ersten Vierteljahr 1917 überhaupt keine Bewegung auf dem Baumarkt. Nach der Wohnungszählung vom 5. Mai 1916, zählt Groß-Berlin 1132 327 Wohnungen davon 831 215 oder 73 Prozent Kleinwohnungen mit nicht mehr als zwei Zimmern. Trotz der Personenanziehenden Kriegsgesellschaften hat der Krieg die Einwohnerzahl Berlins verringert und es stehen auch eine große Zahl von Kleinwohnungen leer. In Berlin selbst standen am 15. Mai von den vorhandenen Kleinwohnungen 6 Prozent, im Osten 5 Prozent und in Berlin-Süd 3,8 Prozent leer. Im Nordwesten und Tegeler Bogen sinkt das Angebot und eine Wohnungsknappheit tritt in Erscheinung, die sich bis Spandau auf eine Wohnungsnot steigert. Um für die stark vermehrte Arbeiterzahl der dortigen staatlichen und industriellen Werke Wohnungen zu beschaffen, mußte Staat und Reich eingreifen. Es ist in der Nähe Spandaus die sehr sehenswerte Wohnkolonie Staaten entstanden. Durch Paradenbauten suchte man anderweitig auch dort, wie in Essen und anderen Orten die ausgetretene Wohnungsnot zu bekämpfen. Es zeigt sich hier die Schwere des Wohnungsproblems in ausgeprägter Weise: dort Wohnungsüberfluß, hier Wohnungsmangel ja Wohnungsnot.

Bemerkenswert ist, daß von den in Essen im Zugang verzeichneten 140 Wohnungen von den Baugenossenschaften und durch die gemeinnützige Bautätigkeit der Firma Krupp und anderer Firmen 48 Wohnungen hergestellt wurden. Im Zusammenwirken mit der sozial denkenden Stadtverwaltung, an deren Spitze Oberbürgermeister H o l l e

steht, haben die verstaatlichten Siedlungs- und Baugenossenschaften wie auch Werkverwaltungen in Essen Vorbildliches auf dem Gebiete des Wohnungswezens geschaffen. Das war der Eindruck, den der Wohnungsausschuß des Reichstags bei der Besichtigung der dortigen Wohnanlagen in den ersten Juni Tagen 1917 mit heimgenommen hat. Bei der während des Krieges rasch zugenommenen Arbeiter- und Bevölkerungszahl konnte für einen Teil der Bevölkerung die Wohnungsfrage allerdings auch hier nicht gelöst werden. Um seine Arbeiter unterzubringen hat Krupp ganze Häuserblocks von Privaten mit rund 1500 Wohnungen auf die Dauer von 25 Jahren angemietet.

Der Unterbringung linderreicher Familien ist in Essen besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. In den neuen, recht wohllich ausgestatteten Baracken wie in den Wohnanlagen der Firma Krupp ist darauf Rücksicht genommen. Die Margarethe-Krupp-Stiftung ist ein sehr günstig gelegenes Baugelände von 50 Hektar, zu dem Frau Krupp als Stifterin eine Beigabe von einer Million Mark gegeben hat. Es handelt sich um eine Kleinstadt-Siedlung für etwa 16 000 Einwohner. Wie jetzt sind 750 Wohnungen gebaut, davon ein Teil für linderreiche Familien. In der im Bau begriffenen Neuanlage werden weitere 130 Wohnungen dafür erstellt. Die Stiftung wird von einem Kuratorium verwaltet, das je zur Hälfte von der Frau Krupp und der Stadtverwaltung benannt und gestellt wird. S. P

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 24. Juni der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24.—30. Juni fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Saargebiet. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hat für die Arbeiterschaft vornehmlich für die Metallarbeiter eine gegenüber den früheren Zuständen vollständig veränderte Lage geschaffen. Insbesondere ist durch das Gesetz eine alte Forderung der Arbeiterschaft endlich erfüllt worden und zwar die Errichtung von Arbeiterausschüssen in allen Betrieben, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen. Während für die Arbeiter im Bergbau, die der Bundesgesetzgebung unterstehen, die Einrichtung von Arbeiterausschüssen schon vor dem Kriege geschaffen worden war, enthielten ganz besonders die in den großen Hütten- und Eisenwerken beschäftigten Arbeiter bis weit in den Krieg hinein diese Einrichtung. Sie waren daher nicht in der Lage, ihre Wünsche und Beschwerden durch die ihr Vertrauen besitzenden Vertreter ihrem Arbeitgeber unterbreiten zu können. Diesem bedauerlichen Zustande ist nunmehr durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ein Ende bereitet.

Trotzdem nun aber das Gesetz bereits seit dem 6. Dezember 1916 in Kraft ist und bereits seit dem 22. Januar 1917 die Preussische-Verordnung für die Errichtung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen vom Minister für Handel und Gewerbe erlassen ist, fehlen in fast allen Großbetrieben der Hüttenindustrie des Saargebietes die Arbeiterausschüsse immer noch. Während in fast allen Industriebetrieben Deutschlands die Arbeiterausschüsse längst errichtet sind und ihre segensreiche Tätigkeit ausüben, sind in den Hüttenbetrieben an der Saar noch keinerlei Anzeichen zu erkennen, daß auch hier endlich diese Bestimmung des Hilfsdienstgesetzes zur Durchführung gebracht werden soll.

Der Unwille der Saarküstenarbeiter über diese unzulässige Behandlung kam so recht zum Ausdruck in mehreren überfüllten Versammlungen, die der christliche Metallarbeiterverband in den letzten Tagen in Dillingen abgehalten hat.

Der größte Saal in Dillingen konnte zu wiederholten Malen die herbeigeströmten Scharen der Hüttenarbeiter nicht fassen, hunderte mußten mit einem Plättchen in dem

Arbeiterchaft und Schule

II

Das aber kann der deutschen Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein. Von der wirtschaftlichen Weltgestaltung der Nation hängt ihr Wohl und Wehe voll und ganz ab. Und da diese nur gewährleistet wird, wenn allen Gliedern der Nation es möglich ist, sich in ihrer Jugend diejenige Bildung zu erwerben, die ihren Anlagen und Neigungen entspricht, so ist das künftige Wohl und Wehe der Arbeiterschaft grundsätzlich vorausbestimmt durch die Gestaltung, die unser Schulwesen nach dem Kriege erfährt. Jede auch die geringste Kraft unserer nationalen Arbeitsgemeinschaft muß zu der ihrer Befähigung möglichen Höchstleistung gebracht werden.

Das ist nicht nur eine allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, das ist auch eine Sache persönlichen Interesses für jeden Einzelnen. Wie oft sagt sich mancher: „Das könnte ich leisten, zu dieser besseren Stellung in deinem Beruf könnte ich dich aufschwüngen, aber es fehlen dir gewisse Bildungsgrundlagen, die nun einmal unerlässlich sind, wenn man selbständig sich weiterführen will.“ Dieses Streben nach Entfaltung, das im deutschen Arbeiterstand so ungemein stark vorhanden ist, darf nicht allein als Streben nach dem höheren Lohn gewertet werden, der mit der besseren Stellung verbunden ist. Es ist auch ein großes Stück vom deutschen Idealismus in ihm vorhanden, der unser Volk in seinen größten Zeiten gerade durch sonst wenig beachtete Glieder zu seinen Höhen geführt hat.

Über auch das materielle Moment, das diesem Aufwärtstreben zugrunde liegt, darf nicht getabelt werden. Es ist vollumfänglich berechtigt, wenn der Arbeiter danach strebt, durch bessere Bildungsmöglichkeiten sich bessere Existenzbedingungen zu schaffen, wenn er seine Kraft hochwertig macht, damit sein Lohnanspruch gerechterweise hochgradig sein kann. Diese materielle Steigerung der Lebenshaltung ist übrigens die christlich-nationale Arbeiterschaft als ein grundlegendes Mittel auf, um ihre geistigen und sittlichen Persönlichkeitswerte steigern zu können.

Sie will von den Misere des Daseins befreit sein, die ihrer inneren Aufwärtsentwicklung im Wege stehen, sie will seine Kräfte erwecken, um geistige Güter erschaffen

zu können, will sich Kenntnisse aneignen, damit sie an den reichen geistigen Gütern der Nation auch ihren Anteil nehmen kann. Sie will nicht abseits stehen in dem so mannigfaltigen geistigen Kulturleben unseres Volkes, will daß jedem die Möglichkeit gegeben ist, nach Maßgabe seiner entwickelten Kraft all dem Guten und Schönen, das bislang ihr zum größten Teil verschlossen ist, mit Verständnis gegenüberzutreten, ihr ganzes persönliches Leben durch sie zu bereichern.

Dadurch wird ihr das wirksamste Mittel an die Hand gegeben, die erstrebte Einordnung des Arbeiterstandes als vollberechtigtes und vollwertiges Glied in die soziale und nationale Gemeinschaft zu vollziehen. So wird die Bildungsfrage auch zur größten sozialpolitischen Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft. Bildung ist nun einmal heutzutage ein ausschlaggebender Gradmesser für die soziale Befähigung. Je höher die Bildung der Arbeiter steigt, desto größer wäre ihr Ansehen bei den übrigen, bislang bevorzugten Volksklassen.

Worauf die Arbeiterschaft jedoch streben muß, ist, daß nicht allein die rein geistige, sondern die geistig technische Bildung, überhaupt die praktische Arbeit, an Ansehen zunimmt. Letzteres aber wird um so mehr der Fall sein, je mehr sie von geistigen Bildungselementen durchdrungen wird, je mehr die Allgemeinbildung der großen Masse handarbeitender Volksklassen steigt.

Das zu bewirken, ist aber vor allem Aufgabe der Volksschule, die deshalb nicht durch neben ihr herlaufende Allgemeinbildungsanstalten (Vorkursen, Mittelschulen) entwertet werden darf, sondern zu gefördert werden muß, daß sie zu Höchstleistungen fähig wird. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit all denen gegenüber, die nicht das Geld haben, um Sonderschulen zu besuchen.

Überhaupt muß der soziale Gedanke bei der Reform unseres Bildungswesens in den Vordergrund treten. Ein großer Krebsgeschwür unseres Schulwesens ist seine unsoziale Gestaltung. Das wird uns während des Krieges sogar von den Engländern vorgeworfen. Unser Schulwesen ist eingerichtet nach dem Grundsatz, daß dem, der hat, gegeben werde, damit er mehr habe. Den von Natur aus mit materiellen Gütern Begabten stehen alle Bildungsmöglichkeiten offen. Dem Unbegabten aber ist die reifste Kultur unzugänglich.

Seine Bildung wird ihm genau rationiert zugeweiht. Ueber eine große Zahl der Bildungswege ist für ihn die Hungersklammer verhängt. Dagegen muß mit allem Macht angeknüpft werden.

Das verlangt auch das nationale Interesse. Soll die Arbeiterschaft sich mit den übrigen Volksgenossen eins fühlen, soll die innere Einheit unseres Volkes nach dem Kriege immer mehr erstarken, so muß sie ein Glied der geistigen Lebensgemeinschaft sein, die die Nation darstellen muß. Ein solches Gefühl kann aber niemals erwachsen, wenn die Arbeiter sehen, wie Bildung hauptsächlich nur vom Besitz abhängt, wie die Arbeiter vom Besten, was unserm Deutschtum eigen ist, planmäßig ausgespart sind, wie ihrem Streben nach geistiger und sittlicher Aufwärtsentwicklung sich an allen Ecken und Enden unübersteigbare Schranken entgegenstellen.

So sieht sich die deutsche Arbeiterschaft in der Schulfrage von Interessen mannigfachster Art berührt. Für die christlich-nationale Arbeiterschaft ergibt sich zudem noch die besondere Sorge, ob die Kräfte, die bestrebt sind, unser Erziehungswezen von seinen natürlichen Säulen loszulösen, von Erfolg gekrönt sein sollen. Auch hier muß der Kampf für wichtige Belange einsetzen.

Die Arbeiterschaft kann diesen Kampf um eine ihrem Bestreben und ihren Interessen gemäße Schulgestaltung nicht allein führen. Sie wird sich in erster Linie an die Kinder, anvertraut an die Lehrerschaft. Mit ihr wird sie gemeinsam den kommenden Schulkampf führen müssen, wenn er zu einem gedehlichen Ende gebracht werden soll. Der erste Schritt auf diesem Wege ist getan durch die Gründung des „Sozialen Schulausschusses“. In ihm haben sich auf Anregung aus führenden Kreisen der Arbeiterschaft hervorragende Vertreter derselben mit Schulmännern gleicher Grundanschauung aus beiden christlichen Konfessionen zusammengefunden. Der Ausschuss hat ein Schulprogramm aufgestellt, das in Presse, Parlament, Kreis- und Versammlungen größte Zustimmung gefunden hat. Es wird Sache aller Arbeiterorganisationen sein, die Bestrebungen dieses Ausschusses auf das tatkräftigste zu unterstützen, denn wenn sein Programm zur Durchführung gelangt, dann wird auch für die Arbeiterschaft das Königswort in Schulfragen gesprochen. Das ist dem Arbeiter-

anstoßenden Garten vorlieb nehmen. Die Redner in den Versammlungen, die Bezirksleiter Hirtfelder-Eisen und Wäcker-Saarbrücken erläuterten in fesselnden Ausführungen den Geschiedenen den Zweck des bayerländischen Hilfsdienstgesetzes und die Aufgaben der Metall- und Hüttenarbeiter in der gegenwärtigen Kriegszeit. Die Anwesenden folgten den Ausführungen der Redner mit gespannter Aufmerksamkeit und eine sehr große Anzahl Hüttenarbeiter hat sich infolgedessen in den letzten Tagen dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Das dürfte aber auch der einzige Weg sein, der den Saarhüttenleuten endlich zu dem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte verhilft. In den nächsten Tagen finden auch für die übrigen Hüttenbetriebe des Saarreviers ähnliche Versammlungen statt, die den Arbeitern rechtzeitig an den einzelnen Orten bekannt gegeben werden. Es ist unbedingt notwendig, daß auch die übrigen Saarhüttenarbeiter in ihrem eigenen Interesse diese aufläuternden Versammlungen besuchen. Der christliche Metallarbeiterverband hat sich bereits wegen der Nichterrichtung der Arbeiterauschüsse beschwerdeführend an die zuständigen Behörden gewandt und wird sich auch in Zukunft mit allem Nachdruck der Interessen der Saarhüttenleute annehmen und ihre gesetzlichen Rechte zur Durchführung bringen.

Geislingen a. St. Am Sonntag, 3. Juni, tagte in Geislingen im Frühlingsgärten eine sehr gut besuchte Vertrauensmännerkonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands für die Verwaltungskreise Geislingen-Göppingen. Die Konferenz stellte mit Befriedigung fest, daß die Mitgliederzahl des Verbandes in erfreulichem Maße gestiegen und in diesem Steigen noch begriffen ist. Der Berichterstatter besprach in grundsätzlicher Weise die durch das bayerländische Hilfsdienstgesetz der Arbeiterchaft gestellten Aufgaben. Die organisierte Arbeiterchaft sieht ihre Aufgabe darin, das Gesetz so durchzuführen, wie es die Erfordernisse des Vaterlandes gebieten. Dabei brauchen die Arbeiterinteressen durchaus nicht zu leiden. Durch tatkräftiges Zusammenwirken der Arbeiterchaft in der Organisation auf dem Boden des Hilfsdienstgesetzes ist eine Wahrung und Förderung der Arbeiterinteressen sehr wohl möglich. Die gewerkschaftlichen Erfolge für die Arbeiterchaft auf dem Gebiet der Lohnausgleichung, die durch die feste Forderung aller Bedarfsartikel des Arbeiterhaushaltes dringend notwendig ist, beweisen dies zur Genüge. Ueber die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie herrschen vielfach ganz überspannte und irreführende Ansichten. So sollte kürzlich auf einer Versammlung der Kreisbäuerbeweiser des Metalls ein Stundenlohn von 1,50 Mark angegeben. Es wird behauptet, es so darzustellen, als ob dies der normale Satz in der Industrie sei. Das ist aber nicht der Fall. Dieser Betrag wird nur von einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz von Facharbeitern erreicht oder überschritten. Die Masse der Arbeiterchaft hat ganz andere Verhältnisse. Die Löhne in den einzelnen Betrieben weisen große Unterschiede und Gegensätze auf. So auch in den verschiedensten Industrien. Die Angaben der Berufsgenossenschaft über die Durchschnittslöhne des Sollarbeiters beweisen, daß im Kriegsfall das Lohnniveau der Arbeiterchaft nur bei verhältnismäßig wenigen mit der Forderung gleichen Schritt gehalten hat.

Demgegenüber besprach Bezirksleiter Gengler (Stuttgart) die Verbandsaufgaben. Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands ist eine Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie zur Vertretung der Arbeiterinteressen. Durch Zusammenschluß aller auf dem Boden christlich-nationaler Gegenwartarbeit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen will der Verband die Grundlage dazu schaffen. Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands ist politisch und religiös auf neutraler Grundlage. Die Erörterung solcher, auch die Arbeiterchaft trennender Streitfragen im Verbaude ist ausgeschlossen. Wahrung der religiösen und politischen Ueberzeugung des Einzelnen ist sein Programm. Die Organisation ist heute ein Gebot der Stunde. Ohne sie würde eine Arbeiterinteressenvertretung unmöglich sein. Späht aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, sich zu organisieren und vertritt im Verbaude ihre Interessen wahrzunehmen. Nur so ist der Aufstieg der Arbeiterchaft möglich. Auch im Interesse des Volksgutes und des gesamten Vaterlandes muß diese Frage in gesunder Weise gelöst werden. Das Hilfsdienstgesetz berechtigt die Arbeiterchaft den Schutz des Berufs und Berufsausgleiches. Benutze es die Arbeiterchaft in richtiger und wirksamer Weise. Jeder, der abseits steht, ist selbst hilflos und schwächt die Arbeiterbewegung.

Was endlich stimmt sich der christliche Metallarbeiterverband der Interessen seiner Mitglieder und der Gesamtarbeiterchaft an. Schon in früheren Jahren hat sich der Verband darum bemüht. Leider besaß damals die Arbeiterchaft noch nicht die genügende Selbstständigkeit. So es gilt, auf dieser Grundlage für die Arbeiterchaft etwas zu erreichen. In der Verband dabei. Je mehr Mitglieder sich dem Verbaude anschließen, desto mehr wird die Möglichkeit dazu gegeben sein. Auch bei der Konzeption der Geislinger Arbeitverhältnisse auf dem Gebiete der Beschäftigung, der Abgrenzung der Sonntagsarbeit usw. muß darauf gesehen und gearbeitet werden, daß diese Fragen im Einklang mit den Erfordernissen der Lage der Arbeiterchaft gelöst werden. Auf diesem Gebiete sind noch viele Hände zu heben. Bei der Durchföhrung dieser Arbeiteraufgaben ist der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands bereit, auf dem Boden einer gegenseitigen Achtung und Verständigung auch mit den anderen Organisationen zusammenzuarbeiten. Diese müssen aber auch die anderen Organisationen Rechnung tragen. Mit einseitigen Maßnahmen wie sie nur der Arbeiterchaftsorganisation und dem Vertreter des Deutschen (sozial.) Metallarbeiterverbandes in der letzten Betriebsversammlung der Christl. Metallarbeiterchaft geübt werden, ist dieses nicht gebiend. Es wäre an der Zeit, daß man auch bei aus dem Kriegsleben hinaus. Man stellt sich ein ganz berechtigtes Bild der christlichen Arbeiterchaft dar, und glaubt, auf dieser Grundlage kann man sich zu wehren oder zu wehren. Man eine Seite für sich und oft an der Seite des Arbeiters. Man ist bereit, der mit einigender Sorge zum Kampf gegen die Arbeiterchaft entgegen. Solche Organisationen, die bei einer aufgeregten Arbeiterchaft nicht mehr vorzugehen können sich nicht mehr. Aufgabe aller

christlich-nationaler Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie muß es sein, sich zur Wahrung ihrer Interessen dem christl. Metallarbeiterverband Deutschlands anzuschließen.

In der lebhaften Diskussion kam die vollständige Ueber einstimmung der Versammelten zum Ausdruck. Es wurde auch betont, daß die andere Seite fremde Forderungen nicht verschmähe. Auch der Mißbrauch der im D. M. A. organisierten Arbeiterauschüßmeßheit, die ohne den andern Arbeiterauschüßmitgliedern Kenntnis zu geben, in die vom Gesamtauschuß einberufene Betriebsversammlung nur den Genossen Reichle als „Gast“ lud, dieses vollständige Rechtefreiheit nach allen Seiten — selbst zur Herabsetzung der andern Organisationen in wenig nobler Weise gab, dem Vertreter des christl. Metallarbeiterverbandes aber die Erreichung des Wortes verweigerte, gab Anlaß zur einstimmigen Verurteilung. Zur Umwälzung gelangte einstimmig nachfolgende Entschöpfung:

„Die heute in Geislingen tagende stark besuchte Vertrauensmännerkonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes Danjlands der Verwaltungskreise Geislingen-Göppingen legt Verwahrung ein gegen verläumderische Unwahrheiten in der Ägitation des deutschen (sozial.) Metallarbeiterverbandes im Bezirk, die nur zu einer Schädigung der Arbeiterchaft führen. Die Versammelten erklären die grundsätzliche Bereitwilligkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zur gemeinsamen Arbeit in der Vertretung und Wahrung der Arbeiterinteressen auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung, Achtung und Verständigung. Ein solches Zusammenarbeiten ist zur Erreichung einer Hebung der Lage der Arbeiterchaft, zur Erreichung eines Ausgleiches für die Forderung der Lebensverhältnisse dringend geboten. Der christl. Metallarbeiterverband Deutschlands ist eine politisch und religiös neutrale Arbeiterorganisation mit der Aufgabe: Sammlung der Arbeiterchaft zum Zwecke der materiellen und geistigen Hebung der Arbeiterstandes. Darin erfüllt der christl. Metallarbeiterverband ebenso seine Aufgabe, wie jede andere Organisation die igrige zu erfüllen glaubt. Die Organisation ist ein Gebot der Stunde. Die Versammelten richten deshalb an alle christl.-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie ohne Unterschied der Konfession die Aufforderung, in ihrem eigenen Interesse sich dem christl. Metallarbeiterverband Deutschlands anzuschließen.“

An die Gesamtmitgliedschaft unseres Verbandes richten wir den Appell, treu zur Organisation zu stehen und durch Bekräftigung neuer Mitglieder für unsere Stärkung beizutragen. Ohne Arbeit kein Erfolg.

S. Bruchhausen. Am Freitag fand in Bruchhausen eine gut besuchte Versammlung für die in Bruchhausen wohnenden Mitglieder unseres Verbandes statt. Zur Tagesordnung stand die Gründung einer selbständigen Zählstelle. Sogar Kollege Bellart legte in längerem Vortrage die Ansicht dar, weshalb zur Gründung einer selbständigen Zählstelle geschritten werden müsse. Jetzt — zwar reichlich spät hat auch die Arbeiterchaft des Hambrner Gebietes in großer Zahl den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden. In Bruchhausen ist die Mitgliederzahl um mehrere Hundert in die Höhe geschwollen. Es ist es denn wohl selbstverständlich, daß die Kollegen auch verpflichtet sind, die notwendige Verbandsarbeit selbst zu erledigen. Es kommt hinzu, daß auch Marzloch mit starker Mitgliederzunahme zu rechnen hat. Es ist daher ausgeschlossen, den Marzlocher Kollegen noch länger zuzusehen zu wollen, daß sie für Bruchhausen die Arbeit mit erledigen sollen. Bei Gründung der Zählstelle müsse man sich aber von vornherein auch über die Aufgaben und Pflichten im klaren sein, die alle Mitglieder der Zählstelle gemeinsam zu tragen haben. Während die nach außen wirkende Verbandsfähigkeit in der Hauptsache unter Leitung des Verwaltungskreisvorstandes und der Verbandsbeamten erfolgt, besteht die Aufgabe der Kollegen in den Zählstellen in erster Linie darin, das innere Aufgabengebiet zu bearbeiten. Obenan stellen wir die Aufklärung, Belehrung und Erziehung der neu gewonnenen Verbandsmitglieder. Alle Kollegen müssen zu überzeugten Gewerkschaftlern herangebildet werden. Große Aufgaben stehen in der Zukunft bevor. Ohne geschulte und disziplinierte Mitglieder werden wir uns auf die Dauer nicht behaupten können. Opferfreudige Hingabe an die große Sache unserer Organisation. Es ist Aufgabe aller maßgebenden Kollegen, dazu zu wirken, daß in dieser Beziehung ein guter Geist vorherrscht und gepflegt wird. Ferner ist unbedingt erforderlich, daß alle die kleineren und wichtigeren Verwaltungs- und Verbandsarbeiten mit größter Gewissenhaftigkeit und besonders pünktlich ausgeführt werden. Regelmäßige Zuspätkommen der Zeitung an die Mitglieder, pünktliche Zahlung und Abholung der Beiträge, gute Vorbereitung der Versammlungen und Sitzungen usw., sind Aufgaben für deren ordentliche Erledigung jedes Mitglied mitverantwortlich ist. Zur Erledigung all dieser Arbeiten müssen sich die Mitglieder dem Verband freiwillig zur Verfügung stellen. Je mehr Kollegen mithelfen, um so besser kann die Arbeit verrichtet werden. Bedenkt ist den Kollegen und unserer Sache am besten gebietet. Kollege Hirschberg berichtete über den Verkauf der Generalversammlung in Duisburg und die Erfolge des Verbandes im Bezirk der Verwaltungskreise. Es folgte die Vorstandsarbeit zum Vorübergehenden wurde Kollege Schol, zum Schriftführer Kollege Hesse und zum Kassierer Kollege Gravel gewählt. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder ging gleich von statten. Kollege Schol berichtete dann noch über die letzten Vorgänge bei der Gewerkschaft Deutscher Kaiser. Endlich hat der Gewerkschaftsgebäude erst unter den Arbeitern dieses Betriebs großes profittige Anerkennung gefunden. Unser Verband geht in den letzten Wochen über 1000 Kennzeichnahmen bei der G. D. L. zu verzeichnen. Kollegen, so muß weiter gearbeitet werden, bis der letzte Arbeiter des Landes organisiert ist. Durch Einigkeit und Organisation wird es auch hier möglich sein, bessere Verhältnisse zu schaffen. Das Vertrauen zur Organisation und das gegenseitige Vertrauen und Zusammenarbeiten der Kollegen untereinander muß immer mehr gefestigt und gefördert werden. So die Zählstelle Bruchhausen groß-

enteils Arbeiter der G. D. L. umfasst, so ist es unsere Aufgabe, in diesem Sinne zu arbeiten. Geschicht das mit Erfolg und Ausdauer, dann dürfen wir getrost in die Zukunft schauen.

Wasseralfingen. Die am Pfingstamstag abgehaltene Betriebsversammlung der Arbeiterchaft des Kgl. Hüttenwerkes Wasseralfingen gestaltete sich zu einer wirkungsvollen Kundgebung der Arbeiterchaft. Sie gemeinsam vom christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands und dem Deutschen Metallarbeiterverband eibernensie Versammlung war von weit über 600 Arbeiter und Arbeiterinnen besucht. Geschäftsführer Geiger (Heidenheim) vom D. M. A. sprach über die Arbeiterauschüße nach dem bayerländischen Hilfsdienstgesetz, Bezirksleiter Kollege Gengler (Stuttgart) vom christl. Metallarbeiterverband über die Wünsche der Arbeiterchaft des Hüttenwerkes auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnverhältnisse. In immer dringender Weise sind die Vertreter der Organisation von organisierten und besonders auch von unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen ersucht worden, sich der Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse auf dem Hüttenwerk anzunehmen. Die bis jetzt im Hüttenwerk gegebenen Zulagen müssen als geringfügig im Hinblick auf die Forderungsverhältnisse bezeichnet werden, so anerkanntswert sie auch sonst sind. Von lebhaftem Belial oft unter Großen besprach auch Kollege Gengler die Mär von den enorm hohen Arbeiterlöhnen der Metallindustrie und führte sie auf die wahren Tatsachen zurück. Nur verhältnismäßig wenige sind es, die hier begünstigt sind. Die Masse der Arbeiterchaft hat ganz andere Verhältnisse, wie die Defizientlichkeit vielfach meint und ihr auch darzutun versucht wird. Die Vorschläge, auf der Grundlage des bayerländischen Hilfsdienstgesetzes den Arbeiterauschuß zu beauftragen, die vorgelegten Arbeiterwünsche der Kgl. Hüttenverwaltung zu übermitteln und darüber zu verhandeln, fanden einstimmige Annahme. Die Wünsche gehen auf eine Erhöhung der Akkordlöhne und Neuregelung der Akkordsätze, Regelung der Stundenlöhne der Akkordarbeiter, Erhöhung der Stundenlöhne der Zeitlohnarbeiter und Arbeiterinnen, Umrechnung der bisherigen Lohnzuschläge in feste Löhne, Zuschlag für Nachtschichten und Entschädigung für unerschütete Zeitverhältnisse.

Wir hoffen mit der Arbeiterchaft, daß diese notwendigen Arbeiterwünsche von der Verwaltung ihre genügende Berücksichtigung finden. Erneut kam auch in der Versammlung zum Ausdruck, daß jeder gewillt ist, durch restlose Einschreibung der Arbeitskraft seine bayerländische Pflicht zu erfüllen. In der Arbeiterchaft liegt es, durch restlosen Beitritt zur Organisation sich auf den Boden der neuen Zeit, der gegenseitigen Stütze und Hilfe zu stellen. Nur vereint in der Organisation wird es der Arbeiterchaft möglich sein, ihre Interessen wirksam zu vertreten und zur Geltung zu kommen. In der Organisation liegt die Grundlage zum geistigen und materiellen Aufstieg der Arbeiterchaft. Das zeigt auch die Entwicklung der Wasseralfinger Arbeiterverhältnisse. Unser christlicher Metallarbeiterverband hat sich hier stets als ein wirksamer Anwalt der Arbeiterinteressenvertretung bewährt. Der Anschluß an ihn ist ein Gebot der Stunde für jeden christlich-nationalen Arbeiter und jede Arbeiterin. Niemand darf mehr abseits stehen und dadurch sich und die Gesamtarbeiterchaft in ihrer Wirksamkeit schwächen. Darum Anschluß an den christl. Metallarbeiterverband Deutschlands.

Versammlungs-Kalender

- Donnerstag, den 24. Juni 1917.
 - Hamborn, Große Kartellversammlung 5 Uhr bei Rosendaßl.
 - Hainhausen, 10.30 Uhr bei Oberloß.
 - Hg. Obermeiderich, 4 Uhr bei Dirkes „Zum Schlachthof“
- Samstag, den 1. Juli 1917.
 - Hiersfeld, 5 Uhr bei Koopmann, Kutschstr.

Geldbeingänge bei der Hauptkasse

Geldbeingänge im Mai.	
Oggersheim	68.08
Saarbrücken	2000.—
Beine	63.24
Hamm	3000.—
Dülken	164.95
Borken	530.23
Bremen	161.55
Osnabrück	582.40
Elbing	476.—
Berg	17.—
Maing	106.10
Müffel	63.91
Erfurt	31.30
Bonkirchen	76.95
Bermer	464.80
Indemühütte	17.85
Cöln	1802.58
Wuppertal	92.46
Bielefeld	125.—
Mannheim	400.—
Amberg	2366.99
Duisburg	10517.47
Oberhausen	8360.51
Schwabm.	165.71
Koßheim	78.67
Eigen	2661.10
Wasseralfingen	700.—
Oberloß	220.27
Alten	207.65
Konstanz	143.27
Bornes	56.75
Wetzlar	10.—
Hier	364.06
Ulm	445.31
Dattmünd	271.70
Ludwig	1558.36
Ravensburg	67.30
Bochum	111.—
Reckum	375.36
Saarbrücken	545.15
Reis	33.45
Wies	11305.51
Dattmünd	1100.—
Kreibrückchen	54.40
Stuttgart	356.19
Karlsruhe	177.36
Neheim	1401.90
Ingolstadt	36.28
Frankfurt	593.14
Fulda	153.76
Offenbach	638.61
Kiel	51.47
Wilhelmshaven	30.34
Danzig	500.—
Elbingen	124.85
Holtmeil	15.28
Schwefurt	438.43
Hannover	329.68
Salzke	70.80
Wahrenbach	70.—
Wittelsdorf	1000.—
Dlpe	300.—
M. Gladbach	681.55
M. Redwitz	23.94
Cöln	1750.—
Obernberg	300.—
Göppingen	1142.87
Gelsenkirchen	500.—
Widensleben	29.07
Bielefeld	150.—
Wenden	697.01
Wahlhausen i. Th.	15.43
Bremen	80.—
Flensburg	200.—
Ulmern	115.64
Kalsterlautern	64.15
Garstedt	25.90
Hildesheim	600.—
Hagen	716.23
Werdohl	500.—
Dortmünd	1400.—
Samm	1000.—
Luzsburg	729.92
Eigen	250.00
Ingolstadt	10.15
Mannheim	400.—
Stolberg	1388.20
Stratth	5.70
Schoppinig	16.85
Dillmen	68.21